



Monsanto banner (Photo: Donna Cleveland/Flickr)

Monsanto und Glyphosat: Akten belegen Einfluss auf Umweltbehörde

Veröffentlicht am: 22.03.2017

Ein maßgeblicher Mitarbeiter in der Pestizid-Abteilung der US-Umweltbehörde EPA stand fest auf der Seite von Monsanto. Das belegen interne Mails des Konzerns, die ein Gericht in Kalifornien für die Öffentlichkeit freigab. In dem Prozess in San Francisco wird über die Klagen von 55 Menschen verhandelt, die selbst an Lymphdrüsenkrebs erkrankten oder Angehörige durch diesen Krebs verloren haben. Sie führen die Erkrankung auf die Anwendung von Glyphosat zurück und werfen Monsanto vor, das Risiko verschwiegen zu haben.

Der in den Unterlagen genannte Mitarbeiter heißt Jess Rowland und arbeitete bis zu seinem Ruhestand im April 2016 in der für Pestizide zuständigen Abteilung der EPA. Dort leitete er einen Ausschuss, der die Frage bearbeitete, ob der von Monsanto entwickelte Wirkstoff Glyphosat Krebs auslösen kann. Letzten September veröffentlichte die EPA das Gutachten des Ausschusses und verneinte die Frage. Glyphosat sei nicht krebserregend, lautete das Fazit der Behörde.

Die Gerichtsakten zeigen, wie Rowland Monsanto versprach, eine Glyphosat-Untersuchung des US-Gesundheitsministeriums zu sabotieren. Sie wurde dann auch tatsächlich aufgegeben. Rowland informierte den Konzern frühzeitig davon, dass die Krebsforschungsagentur IARC der Weltgesundheitsorganisation WHO Glyphosat als vermutlich krebserregend einstufen würde. Als die IARC ihren Bericht im März 2015 veröffentlichte, wusste Monsanto seit Monaten Bescheid und hatte die Gegenpropaganda bereits vorbereitet. Zu den Mitteln des Konzerns gehörte es auch, Wissenschaftler für Studien zu bezahlen, die die Sicherheit von Glyphosat belegen sollten. In den veröffentlichten Mails diskutieren Monsanto-Manager, wie man einen Wissenschaftler ersetzen könnte, der dabei Skrupel bekommen hatte. In einer anderen Mail schlägt ein Monsanto-Manager vor, Wissenschaftler dafür zu bezahlen, dass sie Monsanto-Studien als eigene Arbeiten ausgeben und veröffentlichen, so wie das früher auch schon gemacht worden sei.

Angesichts solcher Einflußnahmen verwundert es nicht, dass das EPA-Gutachten Glyphosat vom Krebsverdacht freisprach. Doch inzwischen haben selbst hochrangige EPA-Experten Zweifel bekommen. Der wissenschaftliche Beirat, der die Pestizidarbeit der Behörde begutachtete, kam zu dem Schluss, dass bei der Glyphosatbewertung die zuständige EPA-Abteilung ihre eigenen Richtlinien nicht eingehalten habe. Ein Teil des Beirats war der Auffassung, dass anhand der vorliegenden Studien Glyphosat sehr wohl als vermutlich krebserregend eingestuft werden sollte. Die französische Zeitung Le Monde berichtete, dass bereits im Dezember 2015 die EPA-Abteilung für Forschung und Entwicklung die Arbeit der Pestizid-Abteilung zum Thema Glyphosat intern kritisiert hatte.

Monsanto wies auf Nachfrage von US-Medien sämtliche Vorwürfe zurück und betonte seine Seriosität. [If]

Links zu diesem Artikel

- [Die Initiative US Right to Know hat die Gerichtsakten veröffentlicht \(21.03.2017\)](#)
- [Artikel in der Huffington Post über Monsanto und die EPA \(17.03.2017\)](#)

- Bericht der EPA über das krebserregende Potential von Glyphosat (12.09.2016)
- Das Gutachten des wissenschaftlichen Beirats der EPA über deren Glyphosatbericht (16.03.2017)
- Der Artikel in Le Monde über den Streit innerhalb der EPA (14.03.2017)
- Dossier: Gentechnik & Glyphosat ("Roundup")